

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die:
Expedition, Neue Gewandstr. 5/6,
und durch Reiseverleger zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mfr. 2,50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen Mfr. 2,50,
frei ins Haus Mfr. 2,02,
wo keine Post am Orte. Mfr. 3,34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Insertionsgebühren beträgt
für die einblättrige Kolonietabelle
über deren Raum 25 Pf.
Auswärtige Inserate 35 Pf.
Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pf.
Auswärtige 25 Pf.
Bereits in der Sammlung-Kategorie
15 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 287.

Breslau, Freitag, den 8. Dezember 1911

22. Jahrgang.

An die Reichstagswähler!

Am 12. Januar 1912 sollen die Neuwahlen zum Deutschen Reichstage stattfinden. Kaum jemals zuvor standen die Wähler vor einer so folgenschweren Entscheidung. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird es abhängen, ob auch in den nächsten Jahren die Politik der Bedrückung und Ausplünderung weiter betrieben oder ob endlich das deutsche Volk zu seinem Rechte kommen soll.

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 sind die Wähler von der Regierung und den „nationalen“ Parteien hintergangen worden: viele Millionen Wähler haben sich damals in die Irre führen lassen. Der Reichstag des „nationalen“ Blockes von Scheidebrand bis Wiemer und Raumann hat das Vereins- und Versammlungsrecht reaktionär gestaltet, den Gebrauch der nichtdeutschen Sprache in Versammlungen beschränkt und den Jugendlichen das Versammlungsrecht zum größten Teil geraubt, hat jede Forderung für Meer, Marine und Kolonien bewilligt.

Eine ungeheure Mehrbelastung des Volkes war die Folge. Trotz der im Jahre 1906 bewilligten mehr als 100 Millionen Mark (Fahrkarten- und Frachtbriefsteuer, Zigarettensteuer usw.), trotz der feierlichen Versicherung der Regierung durch das offizielle Organ, unmittelbar vor der Wahl 1907, daß keine neuen Steuern geplant seien, kam die „Finanzreform“ der 500 Millionen.

Konservative und Liberale waren vollkommen einig darin, daß vier Fünftel dieser gewaltigen Summe durch neue oder durch Erhöhung schon bestehender indirekter Steuern aufzubringen seien zum weitaus größten Teil von Arbeitern und Angestellten, kleinen Geschäftleuten, Handwerkern, Kleinbauern. Da sich die Parteien des Bülowblocks aber weder über die sogenannten Vorkriegssteuern noch über die Schnapssteuer einig konnten, so ging das unnatürliche Gebilde in die Brüche und der neue innerliche verwandte Block der Mitter und der Freilichen trat in die Erscheinung. Dieser hat die Liebesgabe für die Schnapsbrenner gerettet, die Erbschaftsteuer, die nur wohlhabende und reiche Leute hatte treffen sollen, abgelehnt und dem schaffenden Volke Bier, Brauwasser, Tabak, Zigarren, Kaffee, Tee, ja sogar die Streichhölzer, im ganzen um hunderte von Millionen verteuert. Ebenso vorkriegsfeindlich verhielt sich der konservativ-meritale Block bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsgesetzgebung, die zum guten Teil eine Verhöhnung der Arbeiter, ihrer Witwen und Waisen bedeutet. Raubt sie doch den Arbeitern Rechte, die sie jahrzehntlang mit glänzendem Erfolg für die Versicherten ausgeübt haben, verliert sie doch den schwangeren Frauen, den Müttern und den Säuglingen notwendigen Schutz und zureichende Fürsorge.

Es ist begreiflich, daß nach solchen Leistungen immer weitere Kreise erkannten, wie furchtbar sich die Leichtsinnigkeit der Wähler bei den Götterwahlen im Januar 1907 rächte. Alle Nach- und Neuwahlen zum Reichstage sowohl wie zu den Landtagen und Gemeinden zeigten gewaltigen Stimmengewinn für die sozialdemokratische Partei. Ihre Gegner wurden insgedessen immer mehr von der Wahlangst gepackt, und auf der Suche nach einer zugräftigen Parole für die herannahenden Wahlen verfielen die Scharfmacher wieder einmal auf den Wahltrick, den Blick des Volkes von den Zuständen im Innern durch eine „nationale Tat“ nach außen abzulenken.

Der Marokkohanbel gab willkommene Gelegenheit dazu. Pöbeln und Brüden schürten die kapitalistischen Kriegsinteressen und die nationalistischen Schreier den Völkerverhaß und trieben das gefährliche Spiel so weit, daß sich der Reichstanzler schließlich selbst gezwungen sah, seinen junkerlichen Bundesgenossen den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, daß sie den Patriotismus zu Partei- und Wahlzwecken mißbrauchten. Aber der Verriuch, im Interesse der reaktionären Parteien die nationalen Leidenschaften aufzuwachen, wird dennoch fortgesetzt.

Wähler, seid auf der Hut! Bedenkt, daß Ihr am Wahltag vielleicht die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand habt.

Nicht weniger wichtig als für die auswärtige Politik wird der Wahlausgang für die innere Politik sein.

Fürst Bülow erklärte bei den vorigen Wahlen: „Je weniger Sozialdemokraten, um so mehr soziale Reformen“. Das Gegenteil ist richtig. Das haben die letzten Jahre schlagend bewiesen: Die sozialpolitischen Mühlen klapperten zwar, gaben aber nur sehr spärlich Mehl.

Den Beamten und Staatsarbeitern hatte man, um sie für „nationale“ Reichstagskandidaten einzufangen, Gehalts- und Lohnaufbesserungen versprochen. Man gab den oberen gutbezahlten Beamten mit Scheffeln, den unteren, die die Aufbesserung am meisten nötig hatten, mit Löffeln. Die beschriebenen Aufbesserungen wurden aber mehr als ausgeglichen durch die neuen Steuern und die wachsende Leuerung.

Dem Volke verweigerte die Regierung, als es bei den immer steigenden Lebensmittelpreisen in seiner Not um Abhilfe schrie, jede Erleichterung. Und während der Reichstanzler tiefinnig behauptete, daß die Preise durch die Schilderung des Notstandes die Preissteigerung verschärft habe, versagten die sogenannten Mittelstandsreiter — Zentrum, Konservative, Antisemiten und ihre Gefolgschaft — jede von der Sozialdemokratie angeregte Hilfe und denunzierten dagegen den Mittelstand als den Lebensmittelpreistreiber.

Neue Steuern, Lebensmittelsteuer, Volkseutrechtung, steigende Kriegsgefahr

— das hat der 1907 mit so großem „nationalen“ Lärm begrüßte Reichstag gebracht. Nun naht der Gerichtstag! Wähler Deutschlands, sorgt für eine andere Mehrheit! Se härter die Sozialdemokratie im Reichstage erscheint, um so sicherer verankert ist der Weltfriede und die Wohlfahrt des Volkes!

Die Sozialdemokratie erstrebt die Eroberung der politischen Macht, die jetzt in den Händen der bestehenden Klassen ist und von dieser Minderheit zum Schaden der breiten Massen des Volkes mißbraucht wird. Man denunziert uns deshalb als „Umstürzler“. Förichte Vorwurf! Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist ebensovornig ewig, wie es frühere Staats- und Gesellschaftsordnungen gewesen sind. Sie wird durch eine höhere, die sozialistische Ordnung ersetzt werden, für welche die Sozialdemokratie kämpft. Dann wird die Solidarität aller Menschen und ein menschenwürdiges Dasein für alle verwirklicht. Den Weg

dazu bahnt die kapitalistische Entwicklung selbst, die alle Keime für eine neue Gesellschaft in sich birgt.

Für uns besteht zunächst die Aufgabe, alle Mittel, die uns die Gegenwart in die Hand gibt, zu benutzen, um die vorhandenen Uebel zu mildern, neue Einrichtungen zu schaffen, dazu bestimmt, den großen Massen eine höhere Lebenshaltung zu ermöglichen.

Daher fordern wir:

Demokratisierung des Staates in allen seinen Lebensbeziehungen, freie Bahn für die Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten, keine Privilegien, die rechte Person an die rechte Stelle.

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahre an für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, und für alle Vertretungskörper. Verhältnismäßigkeit zur Beteiligung der mit der heutigen Wahlkreiseinteilung verknüpften schreienden Ungerechtigkeit.

Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Volle Verantwortlichkeit des Reichstanzlers und der Staatssekretäre. Bildung eines Ausschusses durch den Reichstag für die Kontrolle der auswärtigen Politik. Mitentscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden. Zustimmung des Reichstages zu allen Staatsverträgen.

Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage. Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle wehrfähigen Männer. Herabsetzung der Dienstzeit auf das zur Ausbildung für die Landesverteidigung unumgänglich notwendige Maß. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Beseitigung des Vorrechts des einjährig-schulpflichtigen Dienstes. Abschaffung aller Prunkes und aller kostspieligen Uniformierung in Armeen und Flotten.

Bekämpfung der Klassenjustiz und Verwaltungswillkür. Reform des Strafrechts, der Strafprozessordnung, des Verwaltungsrechts und des Strafvollzugs im Sinne moderner Kultur- und Rechtsauffassung. Beseitigung aller Ausnahmegeetze und ausnahmerechtlichen Verwaltungsmaßnahmen.

Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Wahl der Beisitzer durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. — **Ausbau der Gewerbeinspektion** durch Zugiehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. Gesetzlich festgelegter Normalarbeitsstag von acht Stunden. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitschädlichen Betrieben.

Reform der Arbeiterversicherung. Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten, direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungskörpern, Erhöhung der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr, auskömmliche Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Stillprämien und unentgeltliche Hebammen- und Arzt-Gilfe.

Volle Religionsfreiheit. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Keinerlei Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke.

Allgemeine unentgeltliche Volksschule als Grundlage des gesamten Bildungswesens (Einheitschule). Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Freiheit für Kunst und Wissenschaft.

Herabsetzung und schließlich Beseitigung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelzölle. Beseitigung der Zölle auf Futtermittel. Aufhebung der Einfuhrzölle. Beschränkung der Kontrolle bei Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unumgänglich notwendigen sanitären Maßregeln. Entsprechenden Abbau der Industriezölle, welche die Syndikats- und Ringbildung begünstigen und dahin führen, deutsche Industrieerzeugnisse billig dem Auslande zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.

Unterstützung aller Maßnahmen, die Handel und Verkehr fördern. Aufhebung der Fahrkartensteuer und des Frachtbrieftempels.

Steuervermeidende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, zumal diese Veranziehung der Wohlhabenden und Reichen zugleich das wirksamste Mittel ist, den Schrei unserer zahlungsfähigen Patrioten nach immer neuen Meeres- und Flottenvermehrungen zu dämpfen.

Innere Kolonisation zwecks Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Ueberführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum. Gründung und Förderung von staatlichen Musteranstalten und Landwirtschaftsschulen. Urbarmachung der Moore, des Sumpfs, Des- und Unlandes. Abwehr aller Versuche, die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker durch die Mittel der Kolonialpolitik herbeizuführen.

Wähler Deutschlands!

Eine neue Flottenvorlage und eine neue Militärvorlage stehen in sicherer Aussicht, die die Steuerbelastung um Hunderte von Millionen abermals steigern werden. Wie bisher schon, so werden auch weiterhin die Herrschenden versuchen, die neuen Lasten auf die Schultern der Minderbemittelten zu wälzen, und damit die Existenz der Familien weiter zu erschweren.

Mögen darum auch die Frauen, auf denen die Bürde des Haushalts in erster Linie ruht, die heute selbst noch völlig rechtlos sind, an der Aufklärungsarbeit teilnehmen und sich entschlossen in den Dienst unserer Sache stellen, die auch die ihre ist.

Wähler Deutschlands! Seid Ihr mit diesen grundsätzlichen Auffassungen einverstanden, dann gebt bei der Wahl am 12. Januar den sozialdemokratischen Kandidaten Eure Stimmen. Helft den Grund legen zu einer neuen, besseren Gestaltung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Baues, der die Devise tragen soll:

End der Not und dem Mühsamkeit!
Arbeit, Brot und Gerechtigkeit für alle!

Euer Schlichter am Wahltag sei

Es lebe die Sozialdemokratie!

Breslau, den 5. Dezember 1911.

Parteivorstand und sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.

nach dem Wunsche des Zentrums auf die Straße geworfen werden, wenn sie sich zu sozialdemokratischen Ueberzeugungen bekennen.

Wer tritt also für Ausnahmegesetze ein? ?

Die starke Vermehrung der großen Einkommen ist auch in Baden zu konstatieren. Nach der neuesten Steuertabelle haben von 1904 bis 1910 die Einkommen von über 100.000 Mark aber um 29 Prozent zugenommen.

Die Eröffnung des neuen elsaßlothringischen Landtages. Im Festsaal des Kaiserpalastes fand am Mittwoch die feierliche Eröffnung des neuen Landtages statt.

Die Chronik der künftigen Entwurfe des Einkommensteuergesetzes, des Gesetzes wegen Abänderung von Gesetzen über direkte Steuern, des Gesetzes über die Gemeinde- und Bezirksaufschlüsse zu den direkten Steuern und die umgearbeitete Denkschrift über die Reform der direkten Steuern.

Die angesehene Starbeseordnung. Auf dem Märtyrerschauplatz der Arbeitervereinstag hielt der Arbeitersekretär Duncker einen Vortrag über das erbauliche Thema: Tut Ehre jedermann, habt die Brüder lieb, fürchtet Gott, ehret den König.

Konervative Rede gegen Lehrer. Die konservative Wut entläßt sich täglich gegen diejenigen, die sich erlauben, an der Spitze des schwarzen-blauen Blocks Kritik zu üben.

Wer ist wert, des Königs Kopf zu tragen. Aus dem Wahlkreis Osterrhein-Neidenburg werden neue Wahlsprüche bekannt. Dort wird an Herrn v. Wenig öffentlich die Frage gerichtet, ob er würdig auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte auftritt.

Sächsischer konservativer Parteitag. Montag nachmittags fand in Dresden die Generalversammlung der sächsischen konservativen Landespartei statt.

Es wurde dann eine lange Resolution angenommen, die sich in ihrem ersten Teile gegen den Terrorismus gegenüber Arbeitervilligen, ferner gegen die revolutionäre Sozialdemokratie wendet.

Thmann und Grech. Bethmanns Rede über die englische Politik wird von der Londoner Presse durchweg ruhig erörtert. Soweit man ihr Schicksal gegen England nachlag, wird diese ausnahmslos auf Wahlrecht für die Juristen abgelehnt.

Es wird zu wenig Schnaps getrunken! Der sieben veröffentlichte Geschäftsbericht der Spirituszentrale teilt mit, daß der Trinkverbrauch an Schnapsen gegen das Vorjahr zwar um 18 Millionen Liter gewachsen ist, was aber nicht eine tatsächliche Ausdehnung befundet.

Wenn die Arbeitermassen der Schnapsboykottpflicht eingedenk bleiben, werden die Junker nicht mehr allzuviel Liebesgaben einladen.

Die Erbschaftsteuer kommt wieder! Wie die „Tagl. Rundschau“ und die „Vest. Volksztg.“ von einwärtsreiter Seite erfahren haben, sprechen verschiedene Anzeigen dafür, daß die Erbschaftsteuer in der Welt, in der sie im Sommer 1909 zum blauschwarzen Block abgelehnt wurde, dem neuen Reichstage schon in seiner ersten Session wieder vorgelegt werden wird.

Kandidaturen. Der Bischof-Lunder-Sekretär Erlens ist als gemeinsamer liberaler Kandidat für Gießen-Nidda aufgestellt worden; an Stelle des Pergogs von Arnsberg kandidiert das Zentrum in Beckum, einen Vätermeister Frede; in Hamm-Soest tritt der Bund der Landwirte für den nationalliberalen Kaufmann Schulerburg ein.

In den Reichspapierkorb gefallen sind bei der Schließung des Reichstages eine Reihe von Vorlagen, so die Strafprozeßordnung, das Arbeiterklammergesetz, die neue Strafgelegenheit, der Entwurf über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes, die neue Fernsprechanordnung und das Kumpfschergesetz.

Ein Mann — eine Stimme. Dilemme Gedanken wird eine vom englischen Ministerium demnächst vorzuliegende Wahlreform entsprechen, die die Ungleichheit der Wahlkreise beseitigen will.

Die Landtagswahl in Württemberg (Württemberg) ergab im zweiten Wahlgang den Sieg des Fortschrittlers Denning mit 800 Stimmen Mehrheit über unseren Genossen Fette.

Eine neue lex Seinge? Am 8. Dezember soll bei dem zuständigen Reichsressort eine Konferenz über die Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild stattfinden, an der die Vertreter der beteiligten Reichskämter und Ministerien teilnehmen werden.

Ausland.

Die Arbeiter gegen die Schurken des Staatsreiches.

Die Arbeiter zweier der größten Fabriken Petersburgs, der Kablefabrik und der Pullover-Werke, haben in Versammlungen, an denen tausende von Personen teilnahmen, gegen das Verbrechen protestiert, das die russische Regierung gegen die sozialdemokratische Fraktion der 2. Duma verübt hat.

Während in den Massen die Welle der Empörung wegen des schurklichen Verbrechens der Regierung anschwillt, feierte die dritte Duma ihr Verherrlichungsfest mit den Anstiftern des Verbrechens vom 16. Juni 1907. Getrieben von der Scham wegen ihrer eigenen unwürdigen und verächtlichen Griffe, die nur dem Staatsreich ihren Untergang verdankt, hat die Mehrheit der Duma, bestehend aus Oligarchen, Nationalisten und Schurken, sich als Schutzwall vor den Verbrechen der Duma erhoben, die den „Hochverratsprozess“ gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten inszeniert haben.

Die Zerstörung der Interpellation konnte aber weder am ersten Tage noch in den drei folgenden, wo die Interpellation immer wieder neu eingebracht wurde, erfolgen, da die Zumahmeheit um jeden Preis die Öffentlichkeit ausschließen wollte.

Das schmachvolle Verhalten der Duma von Staatsstreicks Gnaden, ihr hatinadätes Bemühen, den Schleiter über das begangene Verbrechen noch fester zu ziehen, hat ihr Ziel nicht erreicht.

Ein verflüchtiges Ultimatum an Rußland. Aus Leberan wird der „Morning Post“ gemeldet, Verflücht habe ein Ultimatum an Rußland gerichtet, indem verlangt werde, daß die russischen Truppen nicht über Kaswin hinaus vorrücken sollen.

Katibnastische Ausgebungen werden auf Serbien gemeldet. In der Nacht wurden in Belgrad die Straßenecken mit zahlreichen Plakaten bedeckt, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, sich zur Vertreibung des Königs Peter und des gesamten Hauses der Karajewitsch zusammenzuschließen.

Bekämpfung der spanischen Seeräubung. In einer kürzeren Unterredung zwischen dem König und dem Marineminister wurde im Prinzip beschlossen, den Vertrag mit der Flottenbau-Gesellschaft Vickers and Company dahin zu erweitern, daß zahlreichere und größere Panzerschiffe als anfangs vorgesehen, gebaut werden sollen.

Mutter und Kinder. Kennen die Vorräte von Palmia (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzen-Butter-Margarine) als Speisefett und als Brotaufstrich. Die Produkte sind von absoluter Reinheit, leicht verdaulich (keine Fruktosen, kein Sodabrennen), sehr preiswert und ganzlich frei von tierischen Fetten.

Am 5. d. Mts. verstarb die Frau unseres Verbandskollegen
Emille Purschke geb. Grämmel
 im Alter von 23 Jahren.
 Ein ehrendes Aedenken bewahren ihr
 Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
 (Verwaltung Breslau.)
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle in Oswitz.

Stadt-Theater.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 Gastspiel **Margarete Siems**
 „Mioletto“.
 Freitag, 7 Uhr:
 „Die Reiterfinger von
 Nürnberg“.
 Samstag, 7 1/2 Uhr: 8714
 „Aida“.

Lobe-Theater.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Glaube und Heimat“.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Widrun“.
 Samstag, 7 1/2 Uhr: 8720
 „Die Rabensteinertöchter“.

Thalia-Theater
 Donnerstag: Fünftelstunde
 Abends: 7 1/2 Uhr (blau. Karten)
 „Die Geschwister“.
 „Der eingebildete Kranke“.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Orientreise“.
 Samstag, 7 1/2 Uhr: 8726
 „Krieg im Frieden“.
 Sonntag, 10-12 Uhr im Theat. und Abends
 8 Uhr.

Schauspielhaus
 Donnerstag 8 Uhr:
 „Der Nobelgänger“.
 Freitag, 8 Uhr:
 „Der Nobelgänger“.
 Samstag, 8 Uhr: 8732
 „Die moderne Eva“.

Liebich's Etablissement
Otto Reutter
 und das brillante
Dezember-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr. 8689

Viktoria-Theater
 Monat Dezember: Gastspiel
Original Parisiana
 „Verbotene Frucht“
 „Ein wenig Musik“
 „Los Nummer 33“.
 Jeder die brillante Ausstattung.
 Anfang 8 Uhr. 8705
 Preis wochentags gültig.

Zeltgarten
Willy Haase
 mit seinem Ensemble.
2 Burlesken
 zum 10. Jahrestag.
 Aussere d. neue Programm.
 Entree 20 Pf.

Wenn mein Mädchen zu Ihnen kommt
 und Schuhrème verlangt, wünsche ich immer nur **Pilo**; ein anderes Schuhputzmittel nehme ich nicht! Wenn Sie das Ihrem Kaufmann sagen, dann ist es sicher, daß Sie auch stets nur die allerbeste und dazu noch die ausgiebigste aller Schuhrèmes, nämlich **Pilo**, erhalten.
 Verlangen Sie bitte überall nur **Pilo**.

Ihr Vorteil!
 ist es, wenn Sie ihren Bedarf in **Juwelen, Ringen, Broschen, Armbändern, Uhrketten, Herren- und Damen-Uhren etc.** bei mir kaufen, Preise anerkannt **billig, streng reell.**
 Gestalt von Brillanten, alten Gold zu höchster Preisen.
G. Wolte, Juwelier,
 Reuschestr. 99, Ecke Bismarckplatz.

CIRCUS
CYRILL
HATLE
 Breslau, Circ. Busch-Gebäude
 Lützenplatz - Tel. 3824.
 Donnerstag, 7. Dezbr. 1911
 Abends 8 Uhr: 8748
High-Life
 Eventar
 (Anbegehens bei vornehmen Welt).
 Gäng. Gals-Programm.
 Freitag, 8. Dezember 1911:
 Parade-Vorstellung.

Sofortige Provisionszahlung
 für Zuthaltung von Stierkassens- und Kinderrers.-Anträgen mit wöchentlichem Prämienzahlung. Bei befristeten Leistungen Anstellung m. festem Gehalt u. Spesen.
Subdirektion der „Idana“
 Breslau II, Nendorferstr. 11, I. [8752]

Heute
 Donnerstag, den 7. Dezember 1911
 (Börsensaal) abends 8 Uhr: 8816
Maximilian Harden
 „Die politische Lage“
 Karten zu 4.30, 3.20, 2.15, 1.05 Mk. im Verkehrsbüro Barasch und Michaelis.

Montag, den 11. Dezember 1911:
 (Börsensaal), abends 8 Uhr:
 Vortrag des Herrn Professor Dr.
Werner Sombart
 „Die Zukunft der Juden“.
 Karten zu 3.20, 2.15 u. 1.05 im Verkehrsbüro Barasch und bei Michaelis, Gartenstrasse 48. 8827

Apparate
Felix Kayser, G.m.b.H.
 Breslau, Junkenstr. 11.
 5 Verspielräume
 Gramophon- u. Odeon-Platten.

Jeder kann für 25 Pf. 1 Pfd. Fleisch essen.
 In **Schweinefleisch**, best. aus Kalb, Rind, Rind, Schwein, Schlingen etc., garnit. in best. Sauce serviert. Inländische Ware. In Dosen von 30 Pf. an per Pfd. 25 Pf. Inhalt. 9 Pfd. 8 Mk. **Carl Finken** (Breslau) Pfd. **Knochenloses Schweinefleisch** gesch. und feinst. 9 Pfd. 7 Mk. Alles ab hier per Nach- u. Nachb. **Kaffeeschokolade** 9 Pfd. 7 Mk. **Richtiges** reines. **Alb. Carstens, Altona 4, Elmsbüttelstr. 63.** 8837

Soeben erschienen:
 : Kirchensteuer :
 : u. Kirchenaustritt :
 : in Preußen :
 20 Pf.
Der Anarchist
 Novellen von Goldschalk
 20 Pf., früher 1 Mk.
 Buchhandlung Volkswacht.

Wardsee
 Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 19.
 Telefon 3284.
 Filialen: Kaiser-Wilhelmstr. (Bahnbogen), Telefon 4223
 Gräbischenerstraße 14, Telefon 5687
 Nendorferstraße 73/75, Telefon 3284 8826
 Ferner: Markthalle I, Ritterplatz, Markthalle II, Gartenstr., Leuthen-
 straße 16, Sternstraße 67, Klosterstraße 55, Kaiserstraße 61.
Frische Sendung! Heute Billige Preise!
Calbian und Seelachs Pfund 28 Pf.
 ff. Bratfisch 24 ff. Lengfisch 30
 ff. Saurefisch im Saft. 40 ff. Rotbarsch 25
 Grüne Serringe 20, Bratfische 35, Quarrhahn 34
 Heute eintreffend: Feinste Fettbücklinge,
 Riste 26 bis 28 Stück, 1.40, 6 Stück 35
 Fettsproten 1/4 Pfund 15
Hohefeine Holländer Voll-Serringe, Mandel 1.10 Mk.

Wilhelmsburg.
 Heute: Grobes Tanz-Kränzchen. Bei der Polonaise reisende Bräute. F. Hötzel.
Deutscher Kronprinz, Westendstr. 50/52.
 Jeden Donnerstag: 8824
Tanz-Kränzchen.
 Präsent-Polonaise.
Hentschels Etablissement Pöpelwitz.
 Heute Donnerstag: 8822
Tanz-Kränzchen.
 Entree frei. Volles Orchester. Bunfarbige Saalbeleuchtung.

Das **Bockbier** der
Brauerei Sacrau
 ist
 8845
 hervorragend gut.

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!
Möbel-Einrichtungen
 in jeder Preislage.
 Langjährige Garantie. Billige Preise.
Krimke & Co., Neue Graupenstr. 7
 am Sonnenplatz.

Bfannkuchen mit feinsten Füllung
 = täglich frisch =
 3 Stück 10 Pfg. 8878
 sowie alle anderen Backwaren in bester Qualität empfiehlt
 Telefon 9561. **Julius Ziegler, Tschepinerstr. 8.**
 Bäckerei mit elektrischem Betrieb.

Rohtabak- handlung **Carl Rother & Rode**
 Breslau I, Gummerei Nr. 26. 8881
 Spezialität: ff. alte Gummatab.

Breslauer Schmiedebrücke 59
 Telefon 4472.
 Wir empfehlen aus heutiger Waggonladung:
Große fetten Calbian u. Seelachs Pf. 28 Pf.
 Bratf. gr. Schellfisch im Saft 40, Bratfisch 25 Pf.
 Merlan 30, Feind. Angelfisch 55, Atherin 45, Karbonaden 45 Pf.
 Große grüne Serringe 20, 3 Pfd. 55 Pf. Fischbuckel 35, Pfahlnfisch 20 Pf.
 Alle anderen Fischarten ebenfalls billig.

Die Revolution in China.

Der Prinzregent hat abgedankt; er erbittet sofort 50.000 Tael jährliche Spanage. Der Ministerpräsident und die Staatsminister sind jetzt für alle Regierungshandlungen allein verantwortlich; während der Minderjährigkeit des Kaisers sind die Großsekretäre Shi-Hue und Shi-Chang seine Vormünder.

Eine revolutionäre Militär diktatur.

Schenghai, 6. Dezember. Die „Morning Post“ meldet aus Schanghai: Die Versammlung der Delegierten von vierzehn Provinzen hat sich für eine vorläufige Militär-Regierung mit Hankow als Hauptstadt entschieden, Pankow ist zum Generalquartier und Luwanhena zum zweiten Befehlshaber bestimmt worden. Aus dem Hauptquartier von Wutschang wird gemeint, daß die Revolutionäre von Kiang, die im Vormarsch begriffen sind, um die Bahnlinie von Kiang nach Hankow zu unterbrechen, einen 12 Meilen von der Bahnlinie entfernten Punkt erreicht haben.

Unabhängigkeitserklärung der Mongolei.

Schenghai, 6. Dezember. Der Buddha von Urag (Dutustu) erklärte am 8. Dezember die Unabhängigkeit der Mongolei, worauf der chinesische Amban Santsu in Urag abgesetzt wurde.

Ministerverantwortlichkeit in China.

Berlin, 6. Dezember. Die chinesische Regierung ließ hier mitteilen, daß für die verschiedenen Verwaltungszweige in China jetzt verantwortliche Kabinettsminister ernannt worden sind. Die bisher von Prinzen und Verwandten des Kaiserhauses ausgeübte Oberaufsicht über die Ministerien, überhaupit der Anteil der Provinzen an der Regierung sollte beseitigt werden. Wie in allen konstitutionellen Staaten seien für alle Handlungen der Regierung die betreffenden Ressortminister allein verantwortlich. In Zukunft würden alle Ministerialen des Ministeriums des Äußeren an die fremden Botschaften in Bezug im Namen des Ministers des Äußeren ergehen.

Die Türkei zwischen Räubern.

Die Konstantinopeler „Jeni Gazette“ drückt ihr Erstaunen über den russischen Schritt in der Dardanellenfrage aus, der einen politisch bemerkenswerten Zwischenfall bedeute als alle Unglücksfälle, von denen die Türkei seit 40 Jahren betroffen worden sei. Der unerwartete Vorstoß Russlands sei unerwartet, die gegenwärtige politische Situation von Grund aus zu ändern. Das Blatt sagt, kein osmanisches Kabinett würde einen solchen Vorschlag annehmen, der die Türkei zu einer einfachen Provinz unter dem Protektorat Russlands herabdrücken würde. Das Blatt versichert, die Pforte werde eine kategorische Antwort erteilen.

Rußland brännt.

Konstantinopel, 6. Dezember. Der russische Botschafter hat großen Wert auf die Verschleimung der Aktion zur Öffnung der Meerenge für die russische Kriegsflotte. Der russische Botschafter drängt bei der Pforte bereits am Mittwoch auf eine Antwort. Die Pforte erwiderte ausweichend. Sie hat ihre Botschafter bei den Signatarmächten des Berliner Vertrages beauftragt, die Auffassung dieser Mächte einzuholen. Sie geht von

dem Standpunkt aus, daß sie einseitig zu einer solchen grundlegenden Veränderung des ariser bezw. Berliner Vertrages nicht berechtigt sei. Eine derartige Veränderung dürfe nur mit Zustimmung aller Signatarmächte unternommen werden. Noch vor wenigen Jahren sind ähnliche Vorstöße Russlands an der unzugänglichen Gallina Englands gescheitert.

Die Türkei will nicht.

Konstantinopel, 6. Dezember. Nach sicheren Informationen hat die Pforte beschlossen, die russischen Forderungen auf Öffnung der Dardanellen zurückzuweisen, da sonst Russland eine prädominierende Stellung in Konstantinopel gesichert wäre.

Die italienische Flotte.

Konstantinopel, 6. Dezember. Nach Nachrichten aus Kreisen der Pforte haben die Italiener auch die Ortschaft Burchi im Süden von Mokka bombardiert. Sie sollen verluht haben, in Mokka zu landen, wurden daran jedoch von den Truppen und der Bevölkerung verhindert.

Turin, 6. Dezember. Der Korrespondent des „Secolo“ meldet aus Rom, daß die Zusammenziehung der italienischen Flotte vor Tripolis unmittelbar bevorstehe.

Vor Tripolis.

Rom, 6. Dezember. Die türkische Armee ist einige hundert Kilometer von Tripolis entfernt im Rückzug begriffen. In offiziellen Kreisen hält man es für unmöglich, daß die Türken, selbst mit großen Anstrengungen, noch einmal zu einem Ansturm übergehen könnten. Immerhin erklärt man eine längere Zeit der Vorbereitung für notwendig, bevor man eine Expedition ins Innere des Landes, das natürlich noch lange nicht erobert ist, wagen könne. Alle Anstrengungen richten sich jetzt hauptsächlich auf die Eroberung der Kyrenaika. Italien beabsichtigt, sich in dieser Provinz eine militärische Stellung zu verschaffen, die zum mindesten der gleichen soll, die es jetzt in Tripolis hat.

Arbeiterbewegung.

Die Wobaberei in Magdeburg.

Die Entladung des Spitzels Görtner bei dem Mühlenarbeiterstreik in Magdeburg ist der bürgerlichen Presse außerordentlich unangenehm. Sie behauptet, die Spitzelgeschichte sei von Anfang bis zu Ende erlogen und nichts weiter als ein „unehrliches, niedriges Machtmittel der Sozialdemokratie“. Aber unlegbare Tatsachen lassen sich nicht so ohne weiteres aus der Welt schaffen und darum wird die Sache so dargestellt: Um seine wertvollen Maschinen vor Sabotageakte zu schützen, habe sich der Mühlenbesitzer Hildebrandt drei „Wächter“ aus Berlin kommen lassen. Einer dieser Wächter sei nun von den Streikenden in das Streiklokal gelockt, dort bearbeitet und betrunken gemacht worden und habe sich nun in diesem Zustande als Spitzel ausgegeben und den Genossen allerlei Schauerreden aufgetrieben. In Wirklichkeit hat der Spitzel sich an unsere Genossen herangemacht, sie aus seinen Tische irridiert und ungefragt seinen vermeintlichen Kollegen das erzählt, was wir bereits berichtet. Er brüstete sich u. a. damit, daß er im Wobabier Prozeß als Zeuge aufgetreten wäre; er sei bei den Wobabier Vorfällen in demselben Streiklokalwagen gefahren, mit dem der verfolgte Pastor der Reformationskirche fuhr. Im Wagen konnten wir ja nichts machen; aber was brauchen dann pastiert ist, können Sie sich ja denken!“ meinte er. Seine Berliner Wohnung ist übrigens nicht, wie infolge eines Hörfehlers geschrieben wurde, Kirchbachstraße, sondern Kirchbachstraße 16.

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, will man gegen eine Anzahl Streikende einen Landfriedensbruchprozeß

in die Wege stellen. Dabei weiß eigentlich niemand, was außer den Streikenden und den Arbeitern vorgefallen ist. Die „Magdeburger Zeitung“ spricht zwar von „Genossen der Streikenden“, welcher Art aber diese Genossen sein sollen, erfährt man nicht.

Am Sonnabend Abend nahm die Polizei wieder vier neue Verhaftungen vor, von denen aber nur zwei aufrechterhalten wurden. Zurzeit sind noch sechs Personen in Haft. Auch der Lokalanwalt der Mühlenarbeiter, Genosse Menz, ist noch nicht wieder entlassen. Es scheint, als ob man gegen ihn eine Substantion plant. Er soll der Anführer und Initiator von allem gewesen sein, die Arbeiter in den Streik gesetzt haben usw. Dabei hat niemand mehr zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt als Menz, und der Streik ist von den Arbeitern, trotz des Abtraten der Organisationsleitung, beschlossen worden.

Die Polizei geht jetzt mit besonderer Schärfe vor. Sie duldet keinen Streikposten und weiß sogar Gewerkschaftsangehörige von der Straße, die nichts weiter wollen als was die Polizei angeht auch will, nämlich für Ordnung sorgen.

Die streikenden Arbeiter haben übrigens beschlossen, das Eingangsamt des Gewerkschafts anzurufen.

Eine blühende Arbeiterpresse.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Königliche Zeitung“ in ihrer Nummer 1298 vom 2. November 1911 einen Artikel, worin sie unter Hinweis auf die in 156.000 Exemplaren vertriebene Zeitung des Arbeiter-Ratverbandes „Solidarität“ eine Zusammenfassung der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verbreiteten Arbeiterpresse gibt. Zunächst wird angeführt die gewerkschaftliche Presse, besonders die „Vergarbeiter-Zeitung“ mit ihren 12.000 Bezuhern. Dann heißt es:

Die sozialdemokratischen allgemein politischen Tagesblätter in Dortmund, Essen, Bochum, Düsseldorf und Elberfeld nehmen an Verbreitung stetig zu. Einzelne, voran das Düsseldorfische Organ, haben sich auch zu namhaften Anzeigenblättern entwickelt. In ihrer Verbreitung und ihrer großen Verbreitung ist die Arbeiterpresse im Industriegebiet ein nicht ernst genug zu beurteilender Wachstumsfaktor geworden.

Der Streit als Prozeß gegen die Polizei. Aus Königshagen i. Pr. wird gemeldet: Dienstag früh haben die hiesigen Parameter- und Automobilprobenkennzeichner ihre Tätigkeit eingestellt, um dadurch gegen die in der letzten Zeit verhängten und als zu hart empfundenen polizeilichen Vorschriften zu protestieren. Es wurde eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission gebildet, die wegen der Zurücknahme der polizeilichen Vorschriften vorstellig werden wird.

Prisierungen

- Sprechstunden der Sozialisten Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags.
- §. 14. Reicherversicherungsordnung kostet 5 Mk. und kann durch die Reichswehr-Versicherung bezogen werden.
- §. 1. Gabelstraße. Schreiben Sie an die Direktion des Stadt-Theaters Schweidnitzerstraße.
- §. 2. Röntgenstrahlung mit 72.640 Einwohnern ist die größte oberirdische Stadt.
- §. 3. 75. Nam, dadurch machen Sie sich nicht strafbar.
- §. 4. Hiermit. Der Unternehmer muß das Geld Ihrer Frau schicken. Tut er das nicht, so schreiben Sie zunächst an ihn. Nicht das auch nicht, so lassen Sie sich vom Gewerbeamt eine vollstreckbare Vergleichsausfertigung erteilen, die Sie dem Gerichtsvollzieher übergeben, damit er den Schuldner pfänden kann.

Breslauer Adreßbuch



1912

ist erschienen

und wird in der Expedition, Blüthnerstraße 32, 33, zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl,
Deutsche Adreßbuch-Gesellschaft m. b. H.